

Administration

Unser Zeichen : AT/hs
Tel-Direktwahl : 027 948 99 11
e-mail : gemeinde@visp.ch

Departement für Gesundheit,
Soziales und Kultur
Dienststelle für Sozialwesen
Avenue de la Gare 23
1950 Sitten

Reçu au SAS
Service juridique
le 17 SEP. 2019

Visp, 16. September 2019

Revision des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe – Stellungnahme zum Vorentwurf

Sehr geehrte Frau Staatsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur vorgesehenen Revision dieses bedeutenden Gesetzes fristgerecht äussern zu können. Da die elektronische Vernehmlassung auf einen Sonntag (!) terminiert und abgeschaltet wurde, erhalten Sie unsere Eingabe auf dem Korrespondenzweg.

1. Allgemeiner Verweis

Im Grundsatz darf die Gemeinde Visp auf die Vernehmlassung des Verbandes der Walliser Gemeinden (VWG) vom 15. September 2019 verweisen, welche dieser Eingabe beiliegt und deren Inhalt unterstützt wird.

2. Abänderungsvorschläge

Finanzierung der anerkannten Betriebskosten: Art. 81 Betriebskosten der SMZ

„Der Staat übernimmt einen Teil des Überschusses der anerkannten Betriebskosten...“ ist ungenau.

Das Verhältnis der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden von 70% und 30% muss, wie im bisherigen Gesetz und analog zum Gesetz über die Langzeitpflege, genannt werden. Ansonsten besteht unweigerlich die Gefahr, betriebliche Kosten als nicht anerkannte Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen.

Eingriff in die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden: Art.11 Abs. 3

Der Staat greift zu sehr in die Gestaltungsmöglichkeit der Gemeinden als Eigner und Träger der SMZ ein.



Textvorschlag:

„Das Departement kann Anpassungen in der Organisation eines sozialmedizinischen Zentrums vorschlagen, wenn dadurch nachgewiesene Mängel der Wirtschaftlichkeit oder der Qualität behoben werden können“.

Entscheid über die Eingliederungsmassnahmen: Art.12i

Die Absicht des neuen Vorschlages ist es, die Entscheidungskompetenz bei den Eingliederungsmassnahmen an den Kanton zu delegieren, um allfällige regionale Willkür zu verhindern.

Es stellt sich aber ernsthaft die Frage, ob die zunehmende Verlagerung der Kompetenzen von den Gemeinden hin zum Kanton zielführend ist und tatsächlich behördliche Willkür zu verhindern vermag. Gerade bei den Eingliederungsmassnahmen gilt es dank der räumlichen und menschlichen Nähe der Verantwortlichen zu den Hilfesuchenden besonderes Vertrauen in die Gemeindeautonomie zu manifestieren. Den kantonalen Instanzen fehlen oft die örtlichen Kenntnisse, welche bisweilen angemessene und pragmatische Eingliederungsmassnahmen erst ermöglichen.

Wir danken für die Aufnahme der Gemeindeanliegen in die Gesetzesnovelle über die Eingliederung und die Sozialhilfe (GES).

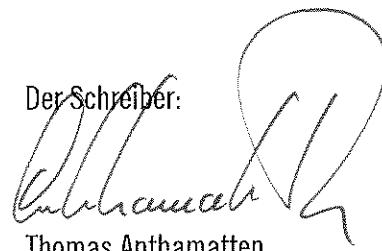
Freundliche Grüsse
GEMEINDE VISP

Der Vizepräsident:



Christoph Föhn

Der Schreiber:



Thomas Anthamatten

Beilage

Vernehmlassung des VWG vom 15. September 2019

